Geschlechtergerechte Politik - Grundlagen für die Konzeption von Männerpolitik

Erich Lehner u. Christa Schnabl

In den letzten Jahren wird im politischen Alltagsdiskurs zunehmend auf die Notwendigkeit von Männerpolitik hingewiesen. In Österreich ist diese Diskussion mit der Einrichtung einer „Männerpolitischen Grundsatzabteilung Abt. V/6“ im Bundesministerium für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz 2001 durch die Regierung „Schüssel I“ das erste Mal in der Öffentlichkeit aufgeflammt und kontroversiell geführt worden. Vor diesem aktuellen Hintergrund stellt sich die Frage, wie soll Männerpolitik konzipiert werden? Welche Aufgabe hat sie und wie verhält sie sich zur Frauenpolitik und zu ihren Zielen? Nachdem Männerpolitik ein junges, bisher nicht klar definiertes Politikfeld darstellt, wurde im Zuge dieser Debatte der Diskussionsbedarf über Selbstverständnis und Aufgabe von Männerpolitik besonders deutlich.

Der Frage nach der angemessenen Konzeption von Männerpolitik soll in diesem Text nachgegangen werden. Dabei werden drei verschiedene Möglichkeiten, Männerpolitik zu begreifen, dargestellt und erörtert. Das erste Modell geht davon aus, dass Männerpolitik jene Politik ist, die faktisch vor allem *von Männern gemacht* wird. Im zweiten Modell wird Männerpolitik als *Interessenspolitik* für Männer verstanden und im dritten Modell wird Männerpolitik im Horizont der *Geschlechterpolitik* verortet. Dabei wird vor allem das dritte Konzept von Männerpolitik, das bei einer relationalen Vorstellung des Geschlechterverhältnisses ansetzt und das die Veränderung traditioneller Arrangements einbezieht, eingehender dargestellt und erläutert, zumal es dasjenige Modell ist, das als zukunftsweisend einzustufen ist.

1. Männerpolitik ist Politik, die von Männern gemacht wird

Dieses Verständnis von Männerpolitik setzt bei der Tatsache der überaus starken Prägung des Bereichs Politik durch männliche Entscheidungsträger an. Die Politik bildet einen Lebensbereich, der zum großen Teil und bis dato überwiegend von Männern gemacht und bestimmt wird. Aus diesem Grund muss man davon ausgehen, dass die vorherrschende Form von Politik, auch

wenn dies nicht eigens intendiert bzw. reflektiert wird, de facto Männerpolitik ist, nämlich Politik von Männern aus der Perspektive von Männern.

Auf der reflexiven Ebene spielt in diesem Konzept von Männerpolitik der Faktor „Geschlecht“ bzw. „Männlichkeit“ dennoch keine tragende Rolle. Im Vordergrund steht die Auffassung, dass Politik eigentlich ein geschlechtsneutrales oder geschlechtsunabhängiges Feld ist. So wird die Tatsache, dass hauptsächlich Männer das politische Geschäft betreiben, nicht eigens reflektiert, da ein verallgemeinerter politischer Anspruch vertreten wird. Die Komponente Geschlecht rückt höchstens dann ins Bewusstsein, wenn es darum geht, Sonder- und Schutzbestimmungen für Frauen respektive für Mütter zu formulieren. Weil Frauenleben bestimmte Besonderheiten, vor allem um die Tatsache der Mutterschaft herum aufweist, bedarf es besonderer Regelungen für die Fälle, in denen weibliche Differenz zum sozialen Faktor wird. Dass politische Entscheidungen darüber hinaus jedoch in vielen Hinsichten Geschlechterverhältnisse steuern und beeinflussen, wird nicht explizit reflektiert. Daher bleiben diese Einflussfaktoren unbewusst. So kommt es dazu, dass dieses „geschlechtsneutrale“ Politik-Konzept faktisch eine geschlechterblinde Auffassung von Politik transportiert und so zur Festigung der klassischen Geschlechterordnung beiträgt.

Faktisch gibt es jedoch keine geschlechtsneutrale Politik. Gerade wenn man meint, in der Politik soll der Faktor Geschlecht keine Rolle spielen, fließen geschlechterrelevante Auffassungen und soziale Ordnungszuschreibungen (unbewusst) ein. Dies führt zu einer verschleierte Form von Politik aus der Perspektive von Männlichkeit und damit zu verschleierter Männerpolitik. Deshalb ist die Politik in der herrschenden Form faktisch über weite Strecken „Männerpolitik“.¹ Christian Haywood und Mairtain Mac an Ghaill (2003, 125) formulieren: „Hence, men tend to be visible, while masculinity remains socially invisible (not normatively present).“ So gesehen entsprach und entspricht der historischen „Invisibilität“ der Frau Folge ihrer Unterordnung durch Männer war, ist die Unsichtbarkeit von Männern als Geschlechtswesen Folge einer männlichen Selbstüberschätzung, die Männlichkeit mit Menschsein gleichsetzte. Erst in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, angeregt durch die Frauenbewegung, begannen auch Männer sich als Geschlechtswesen wahrzunehmen. Sie mussten dabei zur Kenntnis nehmen, dass männliches Denken, Fühlen und Handeln nicht die allgemein gültige Norm des Menschseins

¹ Dieses Argument wird vor allem von jenen Kritikern der „Männerpolitischen Grundsatzabteilung“ im BMSG ins Feld geführt, die es nicht für notwendig halten, Männerpolitik zu institutionalisieren, weil faktisch Politik ohnehin Männerpolitik ist.

darstellt, sondern eine durch den männlichen Erfahrungshorizont begrenzte Teilwirklichkeit der Welt.

Politik braucht eine kritische Reflexion der Kategorie Männlichkeit und Geschlecht. In ihr muss es zunächst einmal darum gehen, die vorherrschende Weltansicht der nach wie vor zahlenmäßig überwiegenden männlichen Akteure als durch eben diese männliche Geschlechtsperspektive begrenzte Wirklichkeit wahrzunehmen und in Bezug zu anderen Wirklichkeiten, vor allem zur weiblichen Weltansicht zu setzen. Ein erstes Ziel einer Männerpolitik könnte demnach darin bestehen, die in vielen Ländern bestehende „verschleierte Männerpolitik“ offen zu legen und transparent zu machen.

2. Männerpolitik ist Politik im Interesse der Männer (Klientelpolitik)

Der zweite Typ von Männerpolitik setzt bei der Beobachtung an, dass Frauenbewegung und Frauenpolitik die Förderung von Frauen in den Mittelpunkt gestellt haben. Im Zuge dieser Entwicklung ist der zunehmenden Gefahr entgegenzuwirken, so die Einschätzung, dass die Interessenslagen von Männern mit der Zeit in den Hintergrund geraten. Weil immer mehr Männer ihrerseits mit Verunsicherungen auf die veränderte Situation im Geschlechterverhältnis reagieren oder durch andere Entwicklungen (z.B. Globalisierung) und Ereignisse (Arbeitslosigkeit, Krankheit, Scheidung,...) in Lebenskrisen geraten können, ist es notwendig, die Männer als Gruppe und damit ihre Bedürfnisse und Interessen explizit in den Blick zu nehmen. Politik im Interesse der Männer arbeitet damit Möglichkeiten aus, wie Männer ihrerseits auf den durch Frauen angestoßenen Wandel des Geschlechterverhältnisses reagieren und wie sie dabei institutionell unterstützt werden können. Männerpolitik in diesem Sinn ist Folge der Überzeugung, dass auch Männer benachteiligt und diskriminiert werden und dass die Politik diesem Missstand Aufmerksamkeit entgegenbringen muss. Männerpolitik könnte man demnach als Pendant zur Frauenpolitik, die ihrerseits der Diskriminierung von Frauen entgegenwirkt, verstehen.

Im Hintergrund dieser Auffassung von Männerpolitik als Politik im Interesse der Männer (Klientelpolitik) steht jedoch eine machtpolitisch und konsumistisch gefärbte Auffassung von Politik. Machtpolitisch betrachtet ist Politik demnach ein Feld, wo die verschiedenen Interessen und Interessengruppen aufeinander treffen, wobei sich jene Auffassungen am ehesten durchsetzen werden, die am deutlichsten vertreten werden. Politik wird als Einrichtung zur Errichtung und Erhaltung von Macht begriffen; der politische Vorgang als

Machtspiel von Interessensgruppen definiert.² Wer am meisten Macht hat, wer sich am deutlichsten artikuliert und die eigenen Interessen formuliert, der/die wird sich durchsetzen und für sich oder für die Gruppe oder das eigene Klientel etwas erreichen. Dabei werden die Interessen einer Gruppe (Männer) am besten jeweils durch entsprechende Lobbyisten vertreten.

Darüber hinaus wird das politische Leben als eine große Maschinerie zur Verteilung eines gesellschaftlichen Kuchens begriffen. Dies ist der konsumistische Aspekt dieses Verständnisses von Politik. Demnach befasst sich das öffentliche und politische Leben hauptsächlich mit der Verteilung von Ressourcen und mit der Absicherung negativer Freiheiten. Damit Männer politisch etwas für sich erreichen können, müssen sie sich möglichst konsequent eigeninteressiert und machtpolitisch orientiert in die öffentliche Debatte einschalten.

In diesem Konzept wird Politik vor allem aus der Betroffenheits- und aus der Bedürftigkeitsperspektive betrieben. Die Betroffenheitsperspektive geht davon aus, dass politisches Handeln eine gemeinsame Identität braucht; diese besteht bei Männerpolitik im Männerstandpunkt (und bei Frauenpolitik im Frauenstandpunkt). Daher ist es wichtig, einen gemeinsamen Standpunkt der Männer (der Frauen) zu finden und zu formulieren. Weil alle parteilich und eigeninteressiert in der Politik sind, müssen auch Männer dies sein. Kritisch ist anzumerken, dass es Männer (respektive Frauen) als homogene soziale Gruppe so nicht gibt. Nicht nur zwischen Kulturen, sondern auch innerhalb einzelner Gesellschaften gibt es z.T. erhebliche Unterschiede unter Männern/Frauen und im Verständnis von Männlichkeit/Weiblichkeit.

Die andere Perspektive, die Bedürftigkeitsperspektive hängt damit zusammen, dass man davon ausgeht, politisch nur dann etwas durchsetzen zu können, wenn sich nachweisen lässt, dass ein Mangel besteht bzw. ein legitimes Bedürfnis vorliegt. Dazu müssen Defizite identifiziert werden. Diese Strategie weist allerdings auch auf ein Problem hin, das im Rahmen der Frauenpolitik bereits virulent und vielfach angesprochen worden ist. Um politische Maßnahmen für eine bestimmte Gruppe (Frauen/Männer) zu legitimieren, muss zuerst der Nachweis der Bedürftigkeit und Förderungswürdigkeit erbracht werden. Dies geschieht über den Aufweis einer Schwäche oder eines Mangels und setzt voraus, dass die zu fördernde Gruppe als klein, schwach, bedürftig oder als Opfer konzipiert wird. Um politische Maßnahmen zu legitimieren, muss zuerst ein Diskriminierungsnachweis erbracht werden. Damit wird jedoch eine Logik politischer Argumentation eingeführt, die einen politischen

² Diese Vorstellung von Politik wird idealtypisch häufig mit einem machiavellistischen Politikverständnis in Verbindung gebracht (vgl. Sternberger 1978). Hierbei handelt es sich um eine typologische Zuordnung, die Machiavellis Politikverständnis als Ganzem nicht gerecht wird (vgl. dazu Münkler 1990).

Opferdiskurs impliziert und die konzeptionelle Bedeutung des Betonens von Leiden unterstreicht. Die Verallgemeinerung der Logik, zu proklamieren, dass man zu kurz gekommen ist, greift allerdings im Blick auf die Veränderung der normativen Ordnung der Geschlechterverhältnisse, die von asymmetrischen Strukturen geprägt ist, zu kurz.

Schließlich gilt es auch die Sicht des Geschlechterverhältnisses, das mit diesem Politikkonzept korreliert, in den Blick zu nehmen. Das Geschlechterverhältnis wird hier als ein mehr oder weniger ewiges Kampffeld inszeniert. Um den einen etwas zu geben, muss man es den anderen zuerst wegnehmen. Männer haben das Gefühl, dass Frauen, nachdem sie in den letzten Jahren in einigen Bereichen (Bildung, Erwerbsarbeit) aufgeholt haben, mit der Zeit zu kurz kommen und von Frauen überrollt oder abgedrängt werden. Es wird Zeit, dass dieser expansiven Tendenz Grenzen gesetzt werden. Männer müssen auch für sich etwas fordern. Dieses Politikverständnis impliziert jedoch einen Geschlechterkampf um begrenzte Mittel und Ressourcen. Wenn man Männerpolitik v.a. als Klientelpolitik (dies ließe sich auch auf Frauenpolitik beziehen) begreift, dann fördert man eine problematisch konfliktive Vorstellung der Geschlechterverhältnisse, wonach Frauen und Männer in eine kollektive Konkurrenz zueinander gebracht werden. Frauenpolitik kümmert sich um Frauen und Männerpolitik um Männer. Damit wird ein scheinbar unlösbarer Machtkampf insinuiert, in dem das, was die einen haben wollen, zuerst den anderen weggenommen werden muss. Dieses klientelische Konfliktmodell kennt eigentlich nur die Perpetuierung des Kampfes. Dem Erfolg auf einer Seite folgt mit absehbarer Sicherheit ein „Gegenschlag“ von der anderen Seite her. Dies sind jedoch die falschen Prämissen zur Konzeptualisierung des politischen Konfliktes im Rahmen der Geschlechterverhältnisse.

Demgegenüber ist in Erinnerung zu rufen, dass Politik nicht nur als Interessen- oder Klientelpolitik zu verstehen ist, sondern dass sie sich auch an übergeordneten Prinzipien z.B. an der Gerechtigkeit zu orientieren hat. Geschlechtergerechtigkeit gehört zu den Grundprinzipien und Grundzielen von Politik. Dies schließt zwar ein, dass Gruppen ihre Interessen formulieren und einbringen; Interessen werden jedoch im politischen Prozess durch die Perspektive der anderen, die ihrerseits Interessen haben und Deutungen einbringen, transformiert. Der politische Prozess ist von daher als Prozess des Aushandelns und der Transformation von einzelnen Interessenslagen im Licht von Geschlechtergerechtigkeit zu begreifen.

3. Männerpolitik ist Politik im Horizont von Geschlechtergerechtigkeit

Damit lenken wir den Blick auf das dritte Modell von Männerpolitik. Dieses setzt bei einer Analyse der vorherrschenden Geschlechterordnungen und Geschlechterverhältnisse an und konfrontiert politische Maßnahmen mit einem moralischen Anspruch. Das politische Leben wird nicht nur von Macht und Interessen bestimmt, sondern ist auch an ethischen Grundprinzipien wie dem der Geschlechtergerechtigkeit auszurichten, selbst wenn es schwer ist, diese praktisch umzusetzen. Der moralische und der politische Anspruch bezieht sich dabei v.a. auf die Ordnungssysteme und Strukturen. Männerpolitik ist demnach im Horizont von sozialen Geschlechterordnungen zu konzipieren, weil nachhaltige Veränderungen nicht in erster Linie durch die Summierung individueller Willensakte zustande kommen, sondern nur, wenn sich die gesellschaftlichen Strukturen, Institutionen und die objektiven Bedingungen des Zusammenlebens der Geschlechter verändern (vgl. Brandes 2002, 262ff).

Den Ausgangspunkt dieses Konzeptes von Männerpolitik bildet also eine fundierte Analyse der sozialen und gesellschaftlichen Geschlechterordnungen und -strukturen. Diese werden mit dem Anspruch, gerechte Strukturen und Ordnungen hervorbringen zu müssen, konfrontiert. Politische Maßnahmen, fokussiert auf Männer, sind dann so zu konzipieren, dass sie dazu beitragen, mehr Gerechtigkeit im Geschlechterverhältnis zu verwirklichen. Demzufolge gehört die Zieldiskussion neben der sozialen Analyse der Geschlechterbeziehungen zu den zentralen Bestandteilen für die Ausgestaltung von Männerpolitik.

3.1 Strukturen der modernen Geschlechterordnung

Um dieses Politikverständnis näher zu erläutern, müssen zunächst die Rahmenbedingungen der modernen Geschlechterordnung ins Bewusstsein gerufen werden. Eines der wichtigsten, strukturell einflussreichsten Kennzeichen der modernen Geschlechterordnung ist ihre Herkunft vom Ernährer-Hausfrauen-Modell. Damit wird eine geschlechtlich rückgebundene Form der Arbeitsteilung beschrieben, die von einem Normpaar (respektive von einer Normfamilie) ausgeht, wonach der Mann der Erwerbsarbeit nachgeht und damit als Ernährer fungiert, während die Frau (Mutter) für Erziehung, Fürsorge und Pflege zuständig den Bereich der unbezahlten Reproduktionstätigkeiten übernimmt. (vgl. Lewis 2003, 29-52; Mairhuber 2000; Dackweiler 2003) Mit dieser Konstellation geht ein Abhängigkeitsverhältnis des Hausfrauteils vom Ernährerteil einher, weil nur die Partizipation am Erwerbsarbeitsmarkt Existenzsicherung und soziale Sicherheit gewährleistet. Dieses Modell der Geschlechterordnung wurde bis weit in die 70er Jahre hinein durchgängig praktiziert. Mittlerweile hat sich diese Form der Geschlechterordnung

modernisiert, ohne dass jedoch die prekären Rahmenbedingungen grundsätzlich verändert worden wären. Die modernisierte Variante kennt nach wie vor einen Ernährer-Part, der vollzeiterwerbstätig das familiäre Haupteinkommen sichert. Der Hausfrauteil wurde in den vergangenen Jahrzehnten allerdings modernisiert und durch eine Teilzeiterwerbstätigkeit erweitert (_ unbezahlte Hausarbeit, _ Erwerbsarbeit).

Diese modernisierte Konstellation Ernährer auf der einen Seite und Hausfrauen+Teilzeiterwerb auf der anderen Seite prekarisiert die Geschlechterordnung jedoch auf neue Art und Weise. Erstens hat sich nur ein Teil in diesem System verändert. Zweitens wird der Vorteil, dass durch Teilzeiterwerbstätigkeit die Abhängigkeit gemildert³ wird, durch andere strukturelle Nachteile in Frage gestellt und bedroht. Die Kombination beider Tätigkeiten (unbezahlte Fürsorgearbeit und Erwerb) erhöht die Anforderungen an die einzelne Person. Sie muss sich um Vereinbarkeit bemühen, beide Logiken und beide Anspruchssysteme unter einen Hut kriegen. Praktisch führt dies nicht selten in einen Kreislauf der permanenten Überlastung.

Diese Form der sozialen Geschlechterordnung, die, auch wenn sie nicht von allen praktiziert wird, dennoch das ordnungspolitische Leitmodell darstellt, weist strukturell gesehen den Frauen, vor allem dann, wenn sie Mütter werden, einen Platz in der zweiten Reihe zu. Dies ist das ordnungspolitische Strickmuster. Es trägt zur Etablierung und Erhaltung asymmetrisch-hierarchischer Strukturen zwischen den Geschlechtern bei. Dabei ist die Frage, ob dies von den einzelnen Subjekten auch als diskriminierend wahrgenommen und empfunden wird, für die Analyse der Strukturen sekundär und nicht erheblich. Es könnte sogar sein, dass sich Betroffene in dieser Struktur so eingerichtet haben, dass sie sie subjektiv gesehen, eigentlich nicht aufgeben wollen würden. Der individuell-subjektive Profit innerhalb dieser Struktur kann für einzelne durchaus groß sein. Dies ändert dennoch nichts daran, dass die Struktur der Geschlechterordnung asymmetrisch-hierarchisch ist, sodass Frauen strukturell benachteiligt und Männer strukturell bevorzugt werden.

Diese vor allem aus feministischer Perspektive analysierten Strukturen konvergieren mit Ergebnissen einer strukturbezogenen Männerforschung, in der auch Fragen nach männlicher Macht und Privilegien diskutiert und die daraus resultierenden Folgen für die männliche Lebensinszenierung reflektiert werden. Privilegiert und mächtig ist demnach nicht der einzelne Mann, sondern sind die Männer als Gruppe. Das heißt, dass es unter den Männern große Unterschiede sowohl in Bezug auf individuelle Lebensentwürfe als auch in Bezug auf Status, Prestige, Position und Einfluss gibt. Das in westlichen Industriegesellschaften

³ Die Kategorie der Abmilderung ist deswegen angebracht, weil Teilzeiterwerbsverhältnisse in den wenigsten Fällen wirklich existenzsichernd sind.

historisch gewachsene (und deshalb im Prinzip veränderbare) Leitbild der bestimmenden Männlichkeit stellt den Mann als weiß, heterosexuell, machtorientiert und ökonomisch potent dar. (Döge 2001, 147) Obwohl diese Form von Männlichkeit meist nur von einer kleinen Gruppe von Männern - und da auch nur annähernd - verkörpert wird, ist sie doch in einer Gesellschaft jene Form, die am meisten Macht und Einfluss verspricht. Sie kann mit Robert W. Connell als „hegemoniale Männlichkeit“ (Connell 1999, 97ff.) bezeichnet werden. Ihr gegenüber sind andere Männlichkeiten untergeordnet (z.B. die homosexuelle Männlichkeit) bzw. sogar marginalisiert (z.B. bestimmte ethnische Männlichkeiten). Die Grundachse der Produktion hegemonialer Männlichkeit ist jedoch die fundamentale Unterordnung der Frau und damit verbunden der kulturelle Gegensatz von Männlichkeit und Weiblichkeit, der Zeichen einer patriarchalen Genderordnung ist. Vor diesem Hintergrund kann Männlichkeit in unseren Gesellschaften insofern ein förderliches Element sein, als sie einen Mann allein aufgrund seiner Männlichkeit in den Genuss der „patriarchalen Dividende“ kommen lässt. Der Großteil der Männer kämpft nicht aktiv an der Verteidigung patriarchaler Vorherrschaft, akzeptiert jedoch stillschweigend die Vorteile der patriarchalen Dividende. Connell bezeichnet diese Form der Männlichkeit als Komplizenschaft. Sie dürfte wohl die am weitesten verbreitete Form von Männlichkeit sein. Männlichkeiten bezeichnen in dem hier verwendeten Sinn keine individuellen Eigenschaften. Sie sind Muster, die in kulturellen Bildern, historischen Traditionen, gesellschaftlichen Strukturen und Institutionen und in menschlichen Interaktionen existieren. Die einzelne Person, Gruppen von Menschen und Institutionen können sie akzeptieren und reproduzieren oder auch hinterfragen und ablehnen. Hegemoniale Männlichkeit stellt die Orientierung für das „doing masculinity“ von Männern in einer Gesellschaft. Wie Männer sich selbst und andere Männer wahrnehmen und bewerten, aber auch wie Frauen Männer erleben, steht in Bezug zum jeweils gesellschaftlich dominanten Leitbild für Männlichkeit. (Connell 1999, 87-107; Lehner 2001, 214-221; Meuser 1998, 97-121)

Obwohl Männer strukturell Angehörige des privilegierten und mächtigen Geschlechts sind, können sie in ihrem individuellen Leben Nachteile erfahren, die im Zusammenhang mit einem männlichen Lebensentwurf stehen. Die Männerforschung hat dies als „Kosten der Männlichkeit“ bezeichnet. (vgl. Lehner 2003b) Diese hängen mit der dem Ernährer-Hausfrauen-Modell eingeschriebenen, einseitig auf Berufsarbeit orientierten Lebensgestaltung von Männern zusammen. Eine Kehrseite davon ist die weitaus geringere Präsenz in der Familie und die relative Distanz zu den Kindern. Dieser Nachteil wird für viele Männer erst in vollem Ausmaß dann erlebbar, wenn es zu einer Trennung von den Kindern im Zuge einer Scheidung kommt. Darüber hinaus ist ein Männerleben vielfach durch Hierarchie, Konkurrenz und Kontrolle und die

damit verbundene Selbstentfremdung geprägt. Diese Selbstentfremdung drückt sich aus in einer Distanz zur eigenen Innenwelt und zum eigenen Körper, die sich wiederum in physischen und psychischen Erkrankungen von Männern bis hin zu der im Gegensatz zu Frauen geringeren Lebenserwartung von Männern niederschlägt. Der Wiener Männergesundheitsbericht 1999 hält fest, dass der Grund für diese geringere Lebenserwartung nicht so sehr in einer im Vergleich zu Frauen mangelhafteren biologischen Ausstattung von Männern besteht, sondern vor allem in der Form männlicher Lebensgestaltung: „Trotz der höheren Morbiditätsrate von Männern haben sie ein Krankheitsverhalten, das dem männlichen Status und der männlichen sozialen Rolle gerecht werden muß. Sie legen häufiger ein kompensatorisches, aggressives und risikoreiches Verhalten an den Tag, das sie für Krankheit, Verletzung oder sogar Tod begünstigt. Dieses Risikoverhalten basiert auf Lebensstil, Rollenverhalten, Streß und präventivem Umgang mit Gesundheit.“ (Schmeiser-Rieder/Kunze 1999, 36) Im Zusammenhang mit dieser Selbstentfremdung steht auch ein distanzierter Kommunikationsstil, der die persönlichen Innenwelten der Gesprächspartner eher außen vor hält. Männer tun sich deshalb schwer, Fähigkeiten wie Empathie, Pflege, Hingabe, Rezeptivität und Mitgefühl offen zu leben. Dieser Stil stellt jedoch kein Defizit in der sozialen Entwicklung von Männern dar, sondern ist vielmehr als Anpassungsverhalten an eine von den Normen und Werten aktueller hegemonialer Männlichkeit dominierten Männerwelt zu interpretieren.

Schließlich liegt ein entscheidender Nachteil für eine, von hegemonialer Männlichkeit geprägte männliche Lebensinszenierung in dem ihr immanenten Gewaltpotenzial. Internationale Studien zum Thema Gewalt weisen darauf hin, dass der Anteil der männlichen Täter zwischen 90-100% beträgt und jener der Frauen meist weniger als 10% ausmacht. (Bowker 1998, XIV) Allerdings sind auch die Opfer mehrheitlich Männer (ca. 70%), vor allem im Bereich der außerhäuslichen interpersonalen Gewalt. (Hagemann-White/Lenz 2002, 471) Nur im Bereich der Partnergewalt sind beinahe ausschließlich Frauen die Opfer; im Bereich der sexuellen Gewalt mehrheitlich. Sexuelle Gewalt durch Männer widerfährt aber auch einer nicht unerheblichen Zahl von Buben bzw. Männern. Während bei den eben beschriebenen Gewaltformen weibliche Gewalttäterinnen die Ausnahme bilden, sind in Bezug auf physische Gewalt gegen Kinder weibliche und männliche Gewaltakte etwa gleich verteilt. (Lehner-Hartmann 2002, 22ff; 56ff; 111ff; 156ff) Zusammenfassend ist festzuhalten, dass, obwohl es weibliche Gewalttaten gibt, Gewalthandeln im Kontext von männlichen Dominanzverhältnissen gegenüber Frauen und im Kontext von

Konkurrenzverhältnissen zwischen „Männlichkeiten“ zu deuten ist.⁴ (Forster 2003; Lehner-Hartmann 2002, 195-218) Gewalt kann innerhalb männlicher Konkurrenz- und Dominanzverhältnisse als Mittel eingesetzt werden, um bedrohte männliche Identität (wieder)herzustellen. Zudem können auch andere Handlungen der Reetablierung männlicher Identität dienen. Riskante, die Grenzen der Legalität überschreitende wirtschaftliche Transaktionen wären solche Akte, die Männern in anderen Kontexten dienen können, beispielsweise ihre bedrohte männliche Identität als Sieger-Typ wiederherzustellen. (Messerschmidt 1993, 85) In der Regel sind schwächere Männer, Frauen, Mädchen und Buben Opfer dieser Versuche der Reetablierung männlicher Identität.

3.2 Bedeutung der Geschlechterordnung für die Konzeption von Männerpolitik

Die beschriebenen Grundstrukturen der Geschlechterordnung sind nun im Blick auf die Konsequenzen für das Verständnis von Männerpolitik zu beleuchten. Diese Geschlechterordnung bildet den strukturellen Rahmen für die Verortung der Ziele von Männerpolitik, die ihrerseits so auszurichten sind, dass die Ungerechtigkeiten, die diesem System zugrunde liegen, überwunden werden können. Praktisch bedeutet dies zunächst im Blick auf die Ernährer-Fürsorgearbeits-Struktur, dass die Veränderungen auf der Hausfrauenseite zunehmend auch Veränderungen auf der Erwerbseite, also auf der Seite der Männer erzwingen. Die Veränderung von Frauenleben, die Herauslösung von Frauen aus der selbstverständlichen Praktizierung unbezahlter Fürsorgearbeiten nötig zu strukturellen Veränderungen auch in anderen Bereichen. Daher sollte der Bereich der Fürsorge(arbeit) als gesellschaftliches bzw. politisches Wert- und Handlungsproblem in das öffentliche Interesse rücken und ein Nachdenken in verschiedenen Politikbereichen bewirken. Folgende Fragen sind aufzuwerfen: Wie muss das Arbeits- und Berufsleben (um-)gestaltet werden, dass erwerbstätige Menschen (Männer und Frauen) auch Fürsorgearbeiten übernehmen können? Wie müssen öffentliche Einrichtungen konzipiert werden, damit sie Menschen mit Fürsorgeaufgaben adäquat unterstützen und die zu versorgenden Kinder, Kranken, Alten qualitativ hochwertig betreuen können? Wie könnte man Einfluss nehmen auf eine Bewusstseinsveränderung bei Männern, um den Wert und die Bedeutung von Fürsorgeaufgaben als einen

⁴ Andrea Lehner-Hartmann konnte nach einer gründlichen Sichtung vorliegender Studien zu Gewalt im sozialen Nahraum, vor allem aber in einer Aufarbeitung der englischen family-violence Forschung darlegen, wie selbst weibliches Gewalthandeln im sozialen Nahraum, z.B. im Bereich der intergenerationalen Gewalt, im engen Zusammenhang zu männlicher Hegemonie steht. (Lehner-Hartmann 2002)

zentralen Bestandteil des Lebens zu verankern? Welche Veränderungen sind im gesellschaftlichen Kontext anzustreben, damit die Notwendigkeit und der Wert von Fürsorgearbeiten erkannt und gerechter zwischen den Geschlechtern verteilt wird? Wie sind politische und wirtschaftliche Voraussetzungen auszugestalten, damit es Frauen *und* Männern möglich ist, Familie und Beruf in ihrem Lebensentwurf sinnvoll zu vereinbaren?

3.3 Männerpolitik – Frauenpolitik – Geschlechterpolitik

Männerpolitik sollte diesen Ausführungen folgend als Teil der Geschlechterpolitik konzipiert werden, die sich am Ziel der Geschlechtergerechtigkeit⁵ ausrichtet und die Geschlechterrelationen und Geschlechterverhältnisse in den Blick nimmt. Manchmal wird in diesem Zusammenhang auch die Zielvorstellung der Geschlechterdemokratie als normativer Rahmen für Geschlechterpolitik genannt. (Vgl. Döge 2001; Brandes 2002)

Das angemessene politische Instrument für Männerpolitik im Horizont der Kategorie Geschlecht ist aktuell „Gender Mainstreaming“, das als politische Methode dazu zwingt, die gesellschaftliche Wirklichkeit differenziert durch die Brille des Geschlechts zu betrachten. „Gender Mainstreaming ist die (Re-)Organisation, Verbesserung, Entwicklung und Evaluierung politischer Prozesse mit dem Ziel, eine geschlechterbezogene Sichtweise in alle politischen Konzepte auf allen Ebenen und in allen Phasen durch alle an politischen Entscheidungen beteiligten AkteurInnen einzubeziehen.“⁶ Gender wird damit zu einer Kategorie, mit der alle Entscheidungen und Steuerungsprozesse überprüft werden sollen. Gender Mainstreaming richtet sich an alle Organisationen, Institutionen und Personen, die an der Gestaltung der gesellschaftlichen und politischen Ordnung mitwirken. Gender Mainstreaming stellt so gesehen eine Querschnittsaufgabe für alle Politikbereiche dar. Mit Hilfe dieses Instruments kann der systemischen Verflochtenheit der Geschlechterverhältnisse Rechnung getragen und in die verschiedenen Politikbereiche hineingewirkt werden. Gender Mainstreaming kann als eine Strategie verstanden werden, das Leitprinzip Geschlechtergerechtigkeit auf allen Ebenen des gesellschaftlichen Lebens umzusetzen und einen Prozess zur Veränderung der Geschlechterstrukturen und -ordnungen anzustoßen. (Vgl. Schnabl 2004)

Innerhalb der großen Überschrift Geschlechterpolitik haben dann sowohl Männer- als auch Frauenpolitik ihre eigenständige Berechtigung. Sie lenken die

⁵ Geschlechtergerechtigkeit inkludiert Gleichstellung zwischen den Geschlechtern und Umsetzung von Chancengleichheit.

⁶ Definition des Europarats 1998.

Aufmerksamkeit innerhalb der größeren Ordnungsperspektive speziell entweder auf die Männer oder auf die Frauen, betrachten die Lebensumstände und die Strukturen jeweils von Männerleben und/oder von Frauenleben und formulieren notwendige politische Schritte aus der jeweiligen Perspektive heraus. Frauenpolitik hat demnach nach wie vor das Ziel, der Benachteiligung von Frauen entgegenzuwirken, Frauenförderung zu betreiben und das Ziel der Gleichstellung im beruflichen und öffentlichen Leben zu verfolgen. Darüber hinaus besteht eine wichtige Aufgabe von Frauenpolitik darin, ein kritisch-beobachtendes Korrektiv für den Prozess der Umgestaltung der Geschlechterverhältnisse zu sein. Frauenförderpolitik als spezielle Maßnahme ist solange notwendig, solange ein asymmetrisch-hierarchisches Geschlechterverhältnis vorherrscht.

Im Blick für eine an Geschlechtergerechtigkeit orientierte Männerpolitik, die es nun näher zu entfalten gilt, ist zunächst ein Ordnungsrahmen für die Problemwahrnehmungen und -bearbeitungen zu entwerfen. Zur Entfaltung dieses Ordnungsrahmens bietet sich ein Rekurs auf Michael Messners „the terrain of the politics of masculinities“ (Messner 1997, 12) an. Mit ihm lassen sich drei Dimensionen der Problemanalyse unterscheiden. Eine erste Dimension umfasst die (1) „costs of masculinities“. Eine weitere Dimension bezieht sich auf die (2) „institutionalized privileges“. Damit wird die Notwendigkeit der strukturellen Verortung von Männern im Geschlechterverhältnis und die Berücksichtigung der Geschlechterordnungsprinzipien für die jeweilige Problemlage festgehalten. Die dritte Dimension bezieht sich auf die (3) „differences/inequalities among men“. Männerpolitik muss einzelne Problemlagen und Maßnahmen innerhalb dieses Dreiecks verorten.

An einem Beispiel lässt sich das Zusammenspiel der Perspektiven verdeutlichen. Immer wieder wird die Mütterzentriertheit der Spruchpraxis von Gerichten in Scheidungsverfahren und die damit verbundene Benachteiligung von Männern vor allem von der Männerrechtsbewegung beklagt. Der in dieser Form beklagte Umstand reflektiert jedoch nur die Dimension (1) „costs of masculinities“. Für eine angemessene männer- und geschlechterpolitische Bewertung müsste zumindest auch die zweite Dimension herangezogen werden. Die Spruchpraxis der Gerichte erscheint dann als Konsequenz einer durch das Ernährer-Hausfrauen-Modell geprägten Gesellschaft, in der Frauen die Familienarbeit zugeteilt wird und Männer als Gruppe erheblich weniger (Arn 2001, 221) und wenn dann in sehr engen Grenzen (Zulehner 2003, 81ff) in der Familie präsent sind. Gerichte, die in strittigen Verfahren die Versorgung der Kinder tendenziell eher Müttern als Vätern zusprechen, handeln in Einklang mit einer tief eingeschriebenen Geschlechter- und Familienkultur, in der Frauen die

Hauptverantwortung für die Erziehung tragen.⁷ Unbeschadet der Tatsache, dass Scheidungsverfahren und ihre rechtlichen Grundlagen verbessert werden sollten⁸, muss man bedenken, dass die geläufige Spruchpraxis der Gerichte von der durchschnittlichen Familienrealität ausgeht und diese widerspiegelt. Politische oder juristische Maßnahmen, die allein Rechte von Männern nach einer Scheidung stärken, wie beispielsweise die Einführung der „gemeinsame Obsorge“ in Österreich 2001, ohne gleichzeitig die asymmetrische Verteilung von Fürsorge- und Erwerbsarbeit ebenso entschieden zu problematisieren und nach Maßnahmen für eine gerechtere Verteilung zu suchen, bringen nicht nur keine tief greifende Problemlösung, sondern führen im Effekt mitunter zu einer Reetablierung traditioneller Männlichkeit. Sie statten Männer als Gruppe mit einer rechtlichen Verfügungsgewalt für Bereiche aus, in denen sie (als Gruppe) de facto nur beschränkt tätig sind.⁹

Im Lichte dieses dreidimensionalen Ordnungsrahmens werden nun wichtige politische Handlungsfelder exemplarisch angesprochen, die als vorrangig für eine geschlechtergerechte Männerpolitik einzustufen sind. Eines der wichtigsten Themen ist die Notwendigkeit der Neuverteilung von bezahlter und nicht-bezahlter Arbeit (1). Konkret geht es um ambitionierte politische Meinungsbildungsprozesse, in denen verstärkt Männer dazu angeregt werden, ihren geschlechtergerechten Anteil an Haus- und Familienarbeit zu übernehmen. Dieser Diskussionsprozess müsste unterstützt werden durch politisch-strukturelle Maßnahmen, die Männer in ihrem Bemühen um familiäre Präsenz unterstützen, wie dies beispielsweise in den skandinavischen Staaten seit den 80er Jahren in großem Umfang und erfolgreich betrieben wird (vgl. Kolbe 2002). In Österreich haben sich bisher die Fachgruppe der Unternehmensberatung&Informationstechnologie in der Wiener Wirtschaftskammer (www.vaeterkarenz.at) und das Land Steiermark (www.vaeterkarenz.steiermark.at) mit ihrer Förderung der Väterkarenz und die Kinderfreunde mit ihrer Forderung nach einem „Vaterschutzmonat“ bei der Geburt eines Kindes (www.kinderfreunde.at) in diese Richtung engagiert. Die-

⁷ Dem Mikrozensus für Österreich (2002) folgend weisen erwerbstätige Frauen eine durchschnittliche Gesamtarbeitszeit von 64,00 Stunden auf. Davon entfallen 18,3 Stunden (28,6%) auf Hausarbeit, 11,2 Stunden (17,5%) auf Kinderbetreuung und 34,5 Stunden (53,9%) auf Erwerbsarbeit. Die durchschnittliche wöchentliche Gesamtarbeitszeit von erwerbstätigen Männern beträgt nur 48,4 Stunden. Davon entfällt der überwiegende Teil - nämlich 41,0 Stunden (84,6%) - auf Erwerbsarbeit und nur 4,1 (8,5%) auf Hausarbeit und 3,3 Stunden (6,9%) auf die Betreuung der Kinder (vgl. Kytir/Schritt Wieser 2003, 20).

⁸ Es muss bei Vätern, die selbst Väterkarenz in Anspruch genommen haben und auch nach der Kleinkindphase in der alltäglichen Kinderbetreuung engagiert waren, der Umstand der erwiesenen Fürsorgearbeit vor Gericht gebührend berücksichtigt werden.

⁹ Bei gemeinsamer Obsorge müssten Entscheidungsrechte z.B. mit entsprechenden Betreuungspflichten verknüpft werden.

se Initiativen verdienen viel Anerkennung. Dennoch stimmt es nachdenklich, dass es in Österreich bislang zu keinem wirklich tief greifenden öffentlichen Diskurs gekommen ist, der das Ziel des verstärkten Engagements von Männern in Haus- und Familienarbeit verfolgt. Statt dessen wurde mit der Einführung des Kindergeldes das traditionelle Geschlechterarrangement tendenziell verfestigt.

Ein weiteres Feld der Männerpolitik wäre die kritische Auseinandersetzung mit den in einer Gesellschaft gelebten Männlichkeitsentwürfen (2). Dies umfasst die Identifizierung von männlichen Problemlagen und ihre geschlechtergerechte politische Bearbeitung. Darüber hinaus sollte sie auch einen kritischen Diskussionsprozess unterschiedlicher Gruppen von Männern und ihrer Männlichkeitsentwürfe fördern und so zu einem Abbau der Hierarchie der Männlichkeiten beitragen.¹⁰ Schließlich sollte Männerpolitik auch die Bildungsfunktion für Männer in Veränderungsprozessen in Bezug auf die Geschlechterordnung wahrnehmen.

Die öffentliche Bearbeitung von gesellschaftlichem Gewalthandeln stellt ein weiteres äußerst wichtiges Handlungsfeld der Männerpolitik dar (3). Entgegen einer allgemeinen Tendenz, Gewalttaten als geschlechtsneutrales individuelles Fehlverhalten darzustellen, müsste es einer Männerpolitik darum gehen, den Zusammenhang von Gewalthandlungen und hegemonialen Männlichkeitsmustern gezielt aufzuzeigen und mit geeigneten Maßnahmen zu bearbeiten. Darüber hinaus schließt diese Bearbeitung von Gewalt sowohl Täterarbeit als auch Gewaltprävention ein. In diesem Rahmen stellt der Abbau der Geschlechterhierarchie ein Schlüsselmoment dar (Godenzi 1993, 328ff; Schmerl 1999, 205).

Als gesellschaftliche Institution ist das Schul- und Bildungswesen nicht bloß passiver Reproduzent, sondern auch aktiver Produzent aktueller Geschlechterverhältnisse. Als prägende Sozialisationsinstitution für Kinder und Jugendliche kommt es dort zur Entwicklung bzw. Festigung von Männlichkeits- und Weiblichkeitskonstruktionen und zu deren Weitergabe an die nächste Generation. Veränderungsprozesse haben demnach auch hier anzusetzen. Die Institution Schule ist deshalb ein wichtiges männerpolitisches Handlungsfeld. (4) Dabei geht es nicht nur um die Forderung nach Jungenarbeit in der Schule oder nach vermehrten Unterrichtseinheiten zu Geschlechterthemen. Vielmehr muss ein tief greifender persönlicher Reflexionsprozess von männlichen und weiblichen Lehrpersonen zu Fragen des Geschlechts und ihrer Kommunikation mit Mädchen/Frauen und Buben/Männern initiiert werden. Darüber hinaus muss auch die Schule als Organisation in den Blick kommen (vgl. Lehner 2003a).

Wenn Politik mit dem Ziel von Geschlechtergerechtigkeit operiert, dann hat dies Konsequenzen für Männer und Frauen. Dabei wird die Vorstellung, dass es

¹⁰ Konkret geht es um die Frage des Umgangs mit homosexuellen Männern und um die rechtlichen Grundlagen für homosexuelle Lebensgemeinschaften.

eine fixe Größe zu verteilender Vorteile gibt, überwunden, indem man danach fragt, wie sollen sich die Strukturen und Verhältnisse ändern, damit sie für Männer und für Frauen gerechter und besser werden. Die Kooperation von Männern und Frauen ist wichtig, um neue Vorstellungen vom guten Leben zu entwickeln. Auf der Basis der Anerkennung der jeweiligen Unterschiede von Männerpolitik und Frauenpolitik sollte auch eine neue Ebene der Gemeinsamkeit angezielt werden. Der Appell an das „Gemeinsame“ ist jedoch nicht als harmonisierende, Konflikte verdeckende Konsensaufforderung zu verstehen, die als solche mehr einem faulen Kompromiss das Wort redet. Das Gemeinsame zwischen Männern und Frauen gilt es auf der Zielebene erst zu finden und auszuformulieren. Bei der praktischen Umsetzung müssen die Unterschiedlichkeit und Konfliktivität der Perspektiven ernst genommen, klar artikuliert und auf einer neuen Ebene kreativ integriert und ausgehandelt werden. In diesem Zusammenhang hat der Dialog der Geschlechter große Bedeutung. Er dient der Artikulation der unterschiedlichen Perspektiven und der Aushandlung von Zielvorstellungen. Dabei ist mit einer besonderen Schwierigkeit zu rechnen, die sich daraus ergibt, dass Frauen seit einigen Jahrzehnten daran gewöhnt sind, mit der Brille „Geschlecht“ bei der Deutung der sozialen Wirklichkeit umzugehen, während Männer vielfach damit ringen, den Faktor Geschlecht aus ihrer Perspektive artikulierbar zu machen.

Abschließend ist auf einige mögliche *Allianzen* zwischen Frauen- und Männerpolitik hinzuweisen. Eine Allianz zwischen *Männern und Frauen* ist deshalb notwendig, weil es eine Reihe von Veränderungen (flexible Arbeitszeiten, mehr Zeit für Kinder oder Freizeit...) gibt, die sowohl von Männern als auch von Frauen gewünscht werden. Besonders Menschen mit Kindern (Mütter und Väter) haben gemeinsame Interessen. Gerade hier gibt es gemeinsame Ziele von Männer- und Frauenpolitik.

Weiters ist jedoch auch eine Allianz von *Männern mit Männern* notwendig: Viele der gewünschten Strukturveränderungen haben Männer mit Männern auszuhandeln, da vor allem Männer jene Positionen besetzen, in denen Strukturen und Rahmenbedingungen vorgegeben werden. Veränderungswillige Männer müssten Allianzen unter ihresgleichen suchen und politisch wirksam ausbauen. Dies könnte schließlich auch dazu führen, dass strukturelle Vorgaben auch gegen die Auffassungen anderer Männer kritisiert und durchgesetzt werden müssen. Dabei sind ist zu beachten, dass unterschiedliche Positionen unter Männern sichtbar gemacht werden und dass Männer Bündnisse mit anderen Männern schließen müssen, die ähnliche Anliegen verfolgen.

Letztlich ist aber auch die Allianz *zwischen den Individuen*, zwischen Frau und Mann zu bedenken, die im Blick auf ihre jeweilige Situation eine möglichst optimale Übereinkunft aushandeln und leben müssen. Grundsätzlich hat Politik die Aufgabe, Rahmenbedingungen und Strukturen festzulegen. Politik

unterstützt demnach die individuellen Aushandlungsprozesse zwischen den einzelnen Männern und Frauen, die in einer Partnerschaft zusammen leben. Politik kann solche Aushandlungsprozesse erleichtern, nicht jedoch ersetzen.

Literatur:

- Arn Christof (2001): Hausmännlichkeit und praktische Vaterschaft – Zahlen, Fakten und Strategien, in: Leipert Christian (Hg.): Familie als Beruf. Arbeitsfeld der Zukunft, Opladen, 221-233.
- Becker-Schmidt, Regina (2002): Theorizing Gender Arrangements. In: Becker-Schmidt, Regina (Hg.): Gender and Work in Transition. Globalization in Western, Middle and Eastern Europe, Opladen, 25-48.
- Bowker Lee H. (1998): Introduction. In: Bowker, Lee H. (Ed.), Masculinities and Violence. Thousand Oaks, XI-XVIII.
- Brandes Holger (2002): Der männliche Habitus. Band 2: Männerforschung und Männerpolitik, Opladen 2002.
- Connell Robert W. (1999): Der gemachte Mann. Konstruktion und Krise von Männlichkeit, Opladen.
- Dackweiler Regina-Maria (2003): Wohlfahrtsstaatliche Geschlechterpolitik am Beispiel Österreichs. Arena eines widersprüchlich modernisierten Geschlechter-Diskurses, Opladen.
- Döge Peter (2000): Männlichkeit und Politik. Ansatzpunkte und Perspektiven einer politikwissenschaftlichen Männer- und Männlichkeitsforschung, in: Feministische Studien, Heft 2, 87-97.
- Döge Peter (2001): Geschlechterdemokratie als Männlichkeitskritik: Blockaden und Perspektiven einer Neugestaltung des Geschlechterverhältnisses, Bielefeld.
- Forster Edgar J. (erscheint 2004): Gewalt ist Männersache, in: Lehner Erich/Schnabl Christa (Hg): Gewalt und Männlichkeit, Münster.
- Geissler Birgit (2002): Die (Un-)Abhängigkeit der Ehe und das Bürgerrecht auf Care. Überlegungen zur Gendergerechtigkeit im Wohlfahrtsstaat, in: Karin Gottschall/Birgit Pfau-Effinger (Hg.), Zukunft der Arbeit und Geschlecht. Diskurse, Entwicklungspfade und Reformoptionen im internationalen Vergleich, Opladen, 183-206.
- Godenzi Alberto (1993): Gewalt im sozialen Nahraum. Basel.
- Hagemann-White Carol/Lenz Hans-Joachim (2002): Gewalterfahrungen von Männern und Frauen. In: Hurrelmann Klaus/Kolip Petra (Hg.): Geschlecht, Gesundheit und Krankheit im Vergleich, Bern, 460-487.
- Haywood Chris/Mac an Ghaill Mairtin (2003): Men and Masculinities. Theory, research and social practice, Buckingham-Philadelphia.

- Hobson Barbara (2002): *Making Men into Father. Men, Masculinities and the Social Politics of Fatherhood*, Cambridge.
- Huschke Jenny (2002): *Gender Mainstreaming. Eine neue frauenpolitische Initiative der EU oder nur ein weiteres Schlagwort? Ein aktueller Diskussionsbeitrag*, Osnabrück, 80.
- Kolbe Wiebke (2002): *Elternschaft im Wohlfahrtsstaat. Schweden und die Bundesrepublik im Vergleich 1945 – 2000*, Frankfurt.
- Kytir Josef/Schrittwieser Karin (2003): *Haushaltsführung, Kinderbetreuung, Pflege, Ergebnisse des Mikrozensus 2002*. Bundesministerium für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz, Wien.
- Lehner Erich (2001): *Männer an der Wende. Grundlagen kirchlicher Männerarbeit*, Innsbruck-Wien.
- Lehner Erich (2003a): *Die Institution Schule im Spannungsfeld zwischen der Reproduktion traditioneller oder Produktion zukunftsweisender Männlichkeiten*. In: Zulehner Paul M. (Hg.): *MannsBilder. Ein Jahrzehnt Männerentwicklung*. Im Auftrag des Bundesministeriums für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz, Ostfildern, 198-208.
- Lehner Erich (2003b): *Frauen-, Männer-, Geschlechterpolitik oder: Wer braucht Männerpolitik?* In: Zulehner, Paul M. (Hg.): *MannsBilder. Ein Jahrzehnt Männerentwicklung*. Im Auftrag des Bundesministeriums für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz, Ostfildern, 221-235.
- Lehner-Hartmann, Andrea (2002): *Wider das Schweigen und Vergessen. Gewalt in der Familie: Sozialwissenschaftliche Erkenntnisse und praktisch-theologische Reflexionen*, Innsbruck.
- Lewis Jane (2003): *Erwerbstätigkeit versus Betreuungsarbeit*, in: Gerhard Ute, u.a. (Hg.): *Erwerbstätige Mütter. Ein europäischer Vergleich*, München 2003, 29-52.
- Mairhuber Ingrid (2000): *Die Regulierung des Geschlechterverhältnisses im Sozialstaat Österreich. Traditionen, Wandel und feministische Umbautopien*, Frankfurt.
- Messner Michael A. (1997): *Politics of Masculinities. Men in Movements*. Thousand Oaks.
- Meuser Michael (1998): *Geschlecht und Männlichkeit. Soziologische Theorie und kulturelle Deutungsmuster*, Opladen.
- Münkler Herfried (1990), Machiavelli. *Die Begründung des politischen Denkens der Neuzeit aus der Krise der Republik Florenz*, Frankfurt.
- Schmeiser-Rieder Anita/Kunze Michael (1999): *Wiener Männergesundheitsbericht*, Wien.
- Schmerl Christiane (1999): *Wann werden Weiber zu Hyänen*. In: Dausien Bettina, u.a. (Hg.): *Erkenntnisprojekt Geschlecht. Feministische Perspektiven verwandeln Wissenschaft*, Opladen, 197-215.

- Schnabl Christa (2003): Fürsorgearbeit in modernen Gesellschaften. Eine soziolethische Reflexion, in: Emunds Bernhard, u.a. (Hg.): Die Zwei-Verdiener-Familie. Von der Familienförderung zur Kinderförderung? Münster, 52-86.
- Schnabl Christa (2004): Von der Gleichstellung zur Gerechtigkeit? Zu Verschiebungen in den soziolethischen Leitkategorien durch Gender Mainstreaming, in: Möhring-Hesse Matthias (Hg.): Streit um die Gerechtigkeit. Themen und Kontroversen im gegenwärtigen Gerechtigkeitsdiskurs, Schwalbach. (Erscheint demnächst)
- Schwinger Elke (1995): Der kulturelle Bedarf an Fürsorglichkeit. Familiäre Lebensgemeinschaften und die Verantwortung politischer Steuerung, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie 43 (Heft 6/1995), 1005-1018.
- Sternberger Dolf (1978): Drei Wurzeln der Politik, Frankfurt.
- Zulehner, Paul M. (Hg.) (2003): MannsBilder. Ein Jahrzehnt Männerentwicklung. Im Auftrag des Bundesministeriums für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz, Ostfildern.